

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

WISO

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Stefan Jestl, Emanuel List: Einkommensungleichheit in Österreich • *Ursula Rami, Rebecca Gruber, Armin Jabbari, Andreas Schwarzmüller:* Co-Management und dessen Auswirkungen • *Herbert Walther:* Hat Österreich wirklich zu viele Akutbetten und zu hohe Gesundheitsausgaben? • *Bettina Haidinger, Ulrike Papouschek:* Strategisches Vorgehen gegen Unterentlohnung in der Bauwirtschaft

AK-Wissenschaftspreis 2020 – Öffentliches Gesundheitswesen und Langzeitpflege: *Anna-Theresa Renner:* The economics of healthcare access • *Miriam Fahimi:* Zum Wandel geschlechtsspezifischer Arbeitsteilungen in der digitalen Pflegearbeit • *Romana Winkler:* Soziale Ungleichheit und Lebensqualität pflege- und betreuungsbedürftiger älterer Menschen

Einkommensungleichheit in Österreich: Neue Sichtweisen und Beiträge zur Debatte

1. Einkommensungleichheit in Österreich	13
2. Umverteilung der Einkommen in Österreich	15
3. Einkommenseffekte in der Finanzkrise	17
4. Unterschiedliche Effekte nach Alter und Bildung	18
5. Implikationen für die heutige Krise	21

Stefan Jestl

Ökonom am Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw) und Lektor an der Wirtschaftsuniversität Wien

Emanuel List

Ökonom am Forschungsinstitut Economics of Inequality (WU Wien) und Doktorand am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in Düsseldorf

*Krisen machen
Ungleichheit
sichtbarer*

Wie steht es um die Verteilung der Einkommen und Vermögen innerhalb der Bevölkerung und wie hat sich diese im Laufe der Zeit entwickelt? Die Verteilungsfrage ist nicht zuletzt durch die letzten beiden Krisen – die globale Finanz- und Wirtschaftskrise und insbesondere die Coronakrise – wieder verstärkt in den Mittelpunkt von wirtschaftspolitischen Diskussionen gerückt. Krisen haben die Eigenschaft, dass sie verschiedene Facetten von Ungleichheiten zum Vorschein bringen und sowohl ökonomische als auch soziale Missstände aufzeigen. Krisen erfordern darüber hinaus den Einsatz von staatlichen Unterstützungs- und Stabilisierungsmaßnahmen, die den Staatshaushalt belasten. Debatten um die Finanzierung der Schulden, die für Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie aufgenommen wurden, sind bereits im Gange. Verteilungsfragen spielen auch in diesem Zusammenhang eine äußerst wichtige Rolle. Beispielsweise schlägt der Internationale Währungsfonds (IWF) eine temporäre Sonderabgabe für Vermögende und große Unternehmen mit hohen Profiten zur Schuldenfinanzierung vor (IWF, 2021).

Um kritische Fragen evidenzbasiert treffen und Diskussionen sachlich führen zu können, ist es erforderlich, eine ausreichende Datengrundlage zur Verfügung zu haben. Um Einkommens- und Vermögensungleichheit empirisch erfassen zu können, werden in der Regel verschiedene Datenquellen herangezogen, die zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen führen können. Eine übliche Datenquelle zur Messung der Ungleichheit zwischen Personen in einer Volkswirtschaft sind Befragungsdaten. Solche Datenquellen sehen sich jedoch mit dem Problem von Messfehlern (Angel et al., 2019) und der Untererfassung von reicheren Individuen (Ferschli et al., 2017) konfrontiert.

*Steuerdaten
werden verstärkt
zur Erfassung
von Ungleichheit
verwendet*

Ein verbesserter Zugang zu administrativen Daten hat in den letzten Jahren dazu geführt, dass auch verstärkt Steuerdaten zur Erfassung von Ungleichheit verwendet werden. Obwohl diese Daten Informationen für den Großteil der Bevölkerung liefern, lässt sich mit Steuerdaten nicht das gesamte Einkommen von Personen und Haushalten erfassen. Vermögens- und Kapitaleinkommen tauchen in Österreich (und auch in anderen Ländern) als Folge der Endbesteuerung nur zu einem sehr geringen Maß in der Einkommens- und Lohnsteuerstatistik auf. Aufgrund dieser Einschränkungen in den Daten ist es wahrscheinlich, dass die Ungleichheit nicht zur Gänze erfasst wird.

1. Einkommensungleichheit in Österreich

Für die Erfassung der Einkommensungleichheit wurden in der Vergangenheit in Österreich sowohl Befragungs- als auch administrative Daten verwendet (eine umfassende Übersicht über Studien bieten Feigl et al., 2012). Auswertungen auf Basis von administrativen Daten fokussieren hauptsächlich auf die Entwicklung der Ungleichheit bei Einkommen von Unselbstständigen (Altzinger et al., 2012; Mayrhuber et al., 2010 & 2015; Guger und Marterbauer, 2005 & 2007; Statistik Austria, 2013). Die Ergebnisse dieser Studien deuten einheitlich auf einen Anstieg der Ungleichheit bei Unselbstständigen bis zur globalen Wirtschafts- und Finanzkrise hin. Zwar verlangsamte sich die Konzentration bei Toplohnbeziehern nach der Jahrtausendwende (Guger und Marterbauer, 2005 & 2007), jedoch konnte die Toplohngruppe (d.h. Top-1 % der Lohneinkommen) auch noch bis 2007 erhebliche Anteilsgewinne verzeichnen. Im Zuge der Krise hat sich die Entwicklung der Ungleichheit bei Lohneinkommen stabilisiert (Statistik Austria, 2013).

Ungleichheit bei unselbstständigen Einkommen verfestigt sich seit 2007

Befragungsdaten ermöglichen es, das Gesamteinkommen von Personen und Haushalten in Österreich in den Untersuchungen zu berücksichtigen (Mayrhuber et al., 2010; Guger und Marterbauer, 2005 & 2007). Diese Auswertungen zeichnen teilweise ein anderes Bild der Entwicklung der Einkommensungleichheit in Österreich. Mayrhuber et al. (2010, 2015) weisen auf eine relativ konstante Ungleichheit der Haushaltseinkommen bis zur Krise und auch für die Zeit danach hin. Jedoch betonen alle Studien wesentliche Einschränkungen in den Befragungsdaten, insbesondere die unzureichende Erfassung von Kapitaleinkommen.

Demnach ist die Erfassung der Verteilung des Gesamteinkommens mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Um eine geeignetere Betrachtung der Verteilung des Gesamteinkommens zu ermöglichen, kam in den letzten Jahren eine neue Methode vermehrt zum Einsatz, bei der verschiedene Datenquellen miteinander verknüpft werden. In einer Pionierarbeit haben Piketty et al. (2018) Befragungs- und Steuerdaten für die USA kombiniert und mit Informationen aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR)¹ verzahnt. Durch die Anwendung dieser Methode kann das gesamte Nettoeinkommen einer Volkswirtschaft auf Personen und Haushalte heruntergebrochen und Probleme in Befragungs- und Steuerdaten erheblich reduziert

Erfassung der Verteilung des Gesamteinkommens mit Schwierigkeiten verbunden

werden. Auch wenn diese Methode nicht lückenlos ist und Details bei der Anwendung bereits mehrfach kritisch diskutiert wurden (siehe bspw. Auten und Splinter, 2018), so liefert sie dennoch einen wertvollen Beitrag dazu, Datenprobleme zu lösen und umfassendere Verteilungsanalysen zu ermöglichen.

*Kombination
von Steuer- und
Befragungsdaten
ermöglicht die
Schließung von
Datenlücken*

Diese Methode wurde nun auch für Österreich für die Periode 2004–2016 angewandt.² Dabei wurden Befragungsdaten des EU-SILC (Statistik der Europäischen Union über Einkommen und Lebensbedingungen) mit österreichischen Steuerdaten bereichert und mit detaillierten österreichischen VGR Informationen abgestimmt (Jestl und List, 2020). Dies ermöglichte es, Einkommenslücken in Befragungs- und Steuerdaten bestmöglich zu füllen. Der Vergleich zwischen Individualdaten und den VGR Daten deutete insbesondere auf eine ausgeprägte Untererfassung bei den Kapitaleinkommen in den Individualdaten hin. Diesbezüglich stellt Österreich aber keinen Sonderfall dar, da sich die Untererfassung der Kapitaleinkommen in Befragungsdaten auch in anderen europäischen Ländern zeigt (Ederer et al., 2021). Des Weiteren konnten durch die Anwendung dieser Methode unter anderem Einkommen aus dem Unternehmenssektor (d.h. einbehaltene Gewinne) berücksichtigt werden.

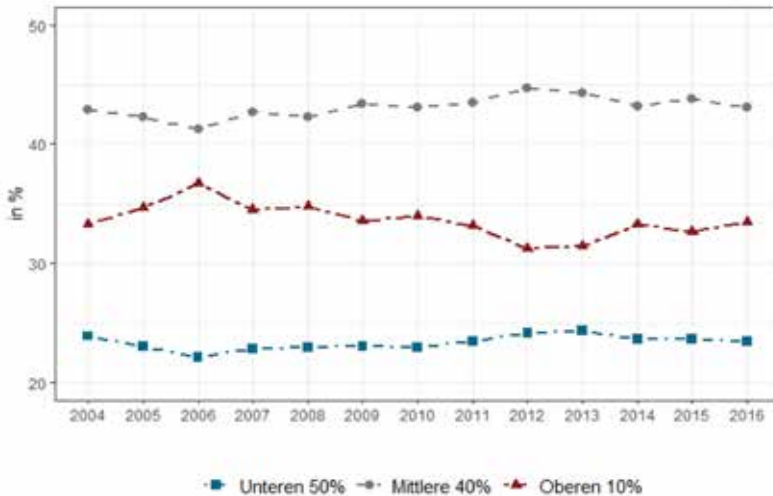
Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der Anteile am Gesamteinkommen vor Steuern über die Periode 2004–2016 für drei Einkommensgruppen: die unteren 50 Prozent (1–50 Prozent), die mittleren 40 Prozent (51–90 Prozent) und die oberen 10 Prozent (91–100 Prozent) der Einkommensverteilung. Für die unteren 50 Prozent zeigt sich generell ein relativ stabiler Einkommensanteil zwischen 20 und 25 Prozent über die Zeit. Ab 2007 lässt sich aber ein positiver Trend bis 2012 feststellen. Dieses Muster kann auch bei den mittleren 40 Prozent beobachtet werden, wobei der Verlauf ein wenig stärker ausgeprägt ist. Demzufolge ist der Anteil der oberen 10 Prozent zwischen 2006 und 2012 schrittweise gesunken und ab 2013 wieder gestiegen.

Zusammengefasst deuten die Ergebnisse darauf hin, dass die Einkommensungleichheit in Österreich im Zuge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise gesunken ist und sich dieser Trend erst 2012 wieder geändert hat. Ein Blick auf mögliche Einflussfaktoren legt nahe, dass die Entwicklung der Kapitaleinkommen die Dynamik in der Einkommensungleichheit wesentlich beeinflusst hat. Bei den

oberen zehn Prozent der Verteilung machen Kapitaleinkommen rund über ein Drittel aus, wohingegen für die unteren 90 Prozent diese Einkommensquelle keine allzu große Rolle spielt. Zusätzlich zeigen sich Kapitaleinkommen als sehr konjunktursensitiv und beeinflussen dadurch die Einkommensverteilung besonders während Krisen. Kapitaleinkommen und Unternehmensgewinne haben durch die Finanz- und Wirtschaftskrise, nach einer guten Entwicklung davor, relativ starke Einbrüche erlitten. Diese Dynamiken können aufgrund der starken Untererfassung der Kapitaleinkommen in Österreich in Befragungs- und Steuerdaten nur unzulänglich erfasst werden.

Kapitaleinkommen in Österreich untererfasst

Abbildung 1: Anteil am Gesamteinkommen vor Steuern nach Einkommensgruppen, 2004–2016



Quelle: Jestl und List (2020).

2. Umverteilung der Einkommen in Österreich

Weiters ermöglichen es die Daten, den Umverteilungsprozess des österreichischen Staates umfassend abzubilden. Die Verteilungswirkungen von Staatsausgaben und -einnahmen in Österreich wurden bisher vorwiegend auf Basis von Befragungsdaten analysiert (Christl et al., 2020; Humer und Moser, 2016; Rocha-Akis et al., 2019). Die Ergebnisse dieser Studien weisen auf insgesamt limitierte Verteilungseffekte durch direkte und indirekte Steuern und Sozialabgaben hin. Die progressiven Effekte der Einkommens- und Lohnsteuer wer-

Erfassung von staatlichen Umverteilungsprozessen

den durch die regressiven Effekte der Sozialabgaben und indirekten Steuern teilweise ausgeglichen. Einen entscheidenderen Beitrag zur Umverteilung in Österreich liefern Sachtransfers (Schulen, Kindergärten, Pflegeheime etc.). Diese nicht-monetären Transfers sind durch eine starke progressive Wirkung gekennzeichnet. Bei der Anwendung der neuen Methode konnten nicht nur Effekte von Sachtransfers auf die Einkommensverteilung, sondern auch jene durch Kollektivkonsum (Landesverteidigung, Infrastruktur etc.) berücksichtigt werden.

Abbildung 2 vergleicht die Einkommen vor Steuern und Einkommen nach Steuern entlang der Einkommensverteilung in den Jahren 2004, 2010 und 2016. Ein Verhältnis über (unter) eins bedeutet,

einkommensschwache Gruppen profitieren insbesondere von nichtmonetären Sachtransfers

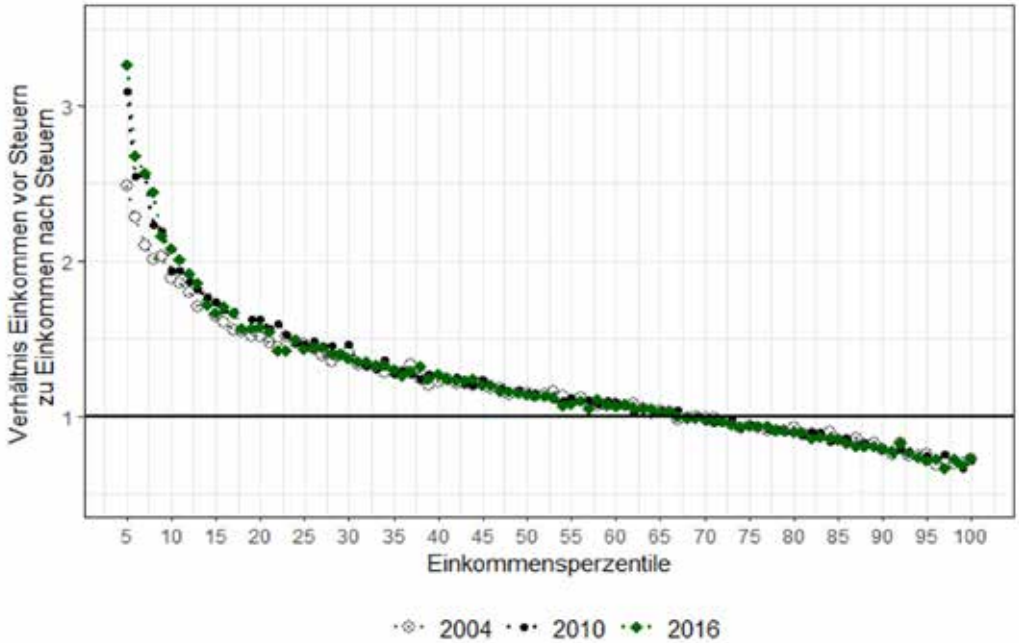
dass das Einkommen durch staatliche Umverteilungswirkungen erhöht (verringert) wurde. Es zeigt sich, dass ein Großteil (das heißt circa 70 Prozent) der österreichischen Bevölkerung von der staatlichen Umverteilung in Form eines höheren verfügbaren

Einkommens im Vergleich zu den Markteinkommen profitiert. Dieses Muster zeigt sich überaus stabil über die Zeit.

Die Ergebnisse einer Detailanalyse deuten darauf hin, dass einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen von monetären und insbesondere von nichtmonetären Sachtransfers profitieren. Umverteilungseffekte durch das Steuersystem fallen jedoch vergleichsweise gering aus. Die Umverteilung durch den öffentlichen Sektor erfolgt somit in Österreich vor allem ausgabenseitig über das Transfersystem und weniger einnahmenseitig über das Steuersystem. Diese Erkenntnis deckt sich gut mit den Ergebnissen aus den vorhergehenden Studien zu Umverteilungswirkungen in Österreich.

Demnach ist es offenkundig, dass Einschnitte bei Sachtransfers nicht nur erhebliche negative Folgen auf die Umverteilungseffekte, sondern auch deutlich schlechtere Lebensbedingungen für viele mit sich bringen würden. Insbesondere die Chancenungleichheit könnte dadurch weiter befeuert werden, wodurch sich negative ökonomische Folgen auch auf längere Sicht ergeben würden.

Abbildung 2: Umverteilung in Österreich über die Verteilung – Vergleich von Einkommen vor und nach Steuern 2004, 2010 und 2016



Quelle: Jestl und List (2020).

3. Einkommenseffekte in der Finanzkrise

Die umfassende Datengrundlage ermöglicht es auch, sich der Frage zu widmen, inwieweit unterschiedliche Bevölkerungsgruppen vom Wirtschaftswachstum profitieren konnten. Über den gesamten Beobachtungszeitraum von 2004 bis 2016 stagnierten die Realeinkommen und wuchsen im Schnitt nur um 0,59 Prozent pro Jahr. Dabei waren einerseits die Wachstumsraten mit 0,16 Prozent für die einkommensschwächsten 30 Prozent und andererseits mit 0,30 Prozent für die Top 1 Prozent etwas unter dem Durchschnitt.

Tabelle 1: Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten der Realeinkommen vor Steuern nach Einkommensgruppen, in %

Einkommensgruppe	2004–2016	2004–2008	2008–2016
Durchschnitt	0,59	2,35	-0,28
Median (P50)	0,67	1,50	0,26
Untere 50 % (P1-P50)	0,43	1,36	-0,03
Untere 30 % (P1-P30)	0,16	0,94	-0,23
Weitere 20 % (P31-P50)	0,65	1,72	0,13
Mittlere 40 % (P51-P90)	0,65	2,02	-0,04
Top 10 % (P91-P100)	0,64	3,46	-0,75
Top 5 % (P96-P100)	0,53	3,60	-0,97
Top 1 % (P100)	0,30	4,17	-1,57

Quelle: Jestl und List (2020).

*markante
Unterschiede bei
der Entwicklung
der Realeinkommen
vor und nach
der Wirtschafts-
und Finanzkrise
2008*

In der Periode vor und nach der Wirtschafts- und Finanzkrise zeigten sich jedoch merkliche Unterschiede bei der Entwicklung der Realeinkommen entlang der Einkommensverteilung. In den Jahren vor der Krise (2004–2008) lag das Wachstum der Realeinkommen mit 3,46 Prozent bei den oberen 10 Prozent deutlich über und das Wachstum der unteren 50 Prozent mit 1,36 Prozent deutlich unter der durchschnittlichen Wachstumsrate von 2,35 Prozent. Im Gegensatz dazu zeigten sich in der (Nach-)Krisenperiode (2008–2016) für die oberen 10 Prozent negative Wachstumsraten und für den restlichen Bereich der Verteilung stagnierende Einkommen.

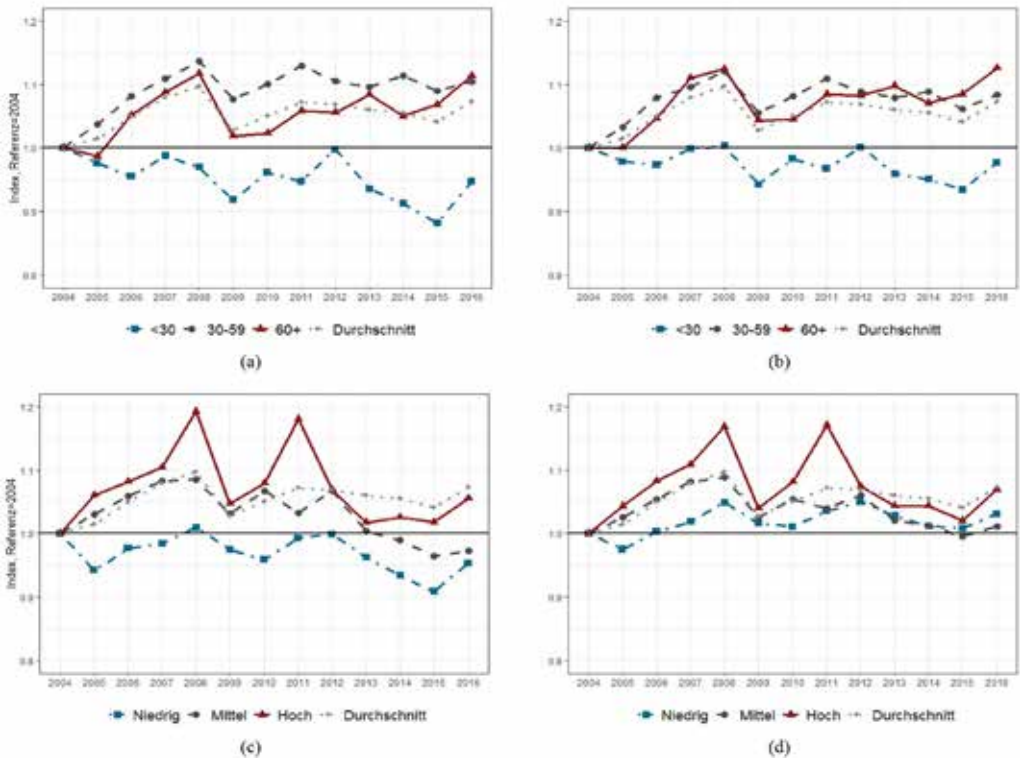
4. Unterschiedliche Effekte nach Alter und Bildung

Des Weiteren erlaubt der Datensatz nicht nur Dynamiken für Einkommensgruppen zu untersuchen, sondern auch die Einkommensverläufe und Umverteilung nach soziodemografischen Gruppen zu gliedern. Abbildung 3 stellt die Einkommenspfade, getrennt für das Einkommen vor und nach Steuern, nach Altersgruppen und Bildungsabschlussgruppe dar. Das Einkommen jeder Gruppe ist indexiert, wobei 2004 das Referenzjahr darstellt. Insgesamt zeigt sich ein heterogenes Muster der Einkommenspfade über die Bevölkerungsgruppen. Ein Ergebnis, das für alle Gruppen gilt, ist ein deutlicher Rückgang der Einkommen durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise nach 2008.

Bei der Betrachtung der Altersgruppen lassen sich allerdings stark divergierende Verläufe feststellen. Die unter 30-Jährigen erlebten ein negatives Einkommenswachstum, während die Entwicklung bei den älteren Personen einen insgesamt positiven Trend zeigt. Nach Berücksichtigung der Umverteilung der Einkommen (Abbildung 3b) wird das negative Einkommenswachstum der jüngsten Gruppe zwar gemildert, jedoch bleibt es nach wie vor bestehen. Bei den älteren Gruppen zeigt sich durch die Umverteilung eine Angleichung der Pfade.

negatives Einkommenswachstum bei unter 30-Jährigen

Abbildung 3: Reale Einkommensverläufe nach Altersgruppen (a,b) und Bildungsabschlussgruppen (c,d), 2004–2016

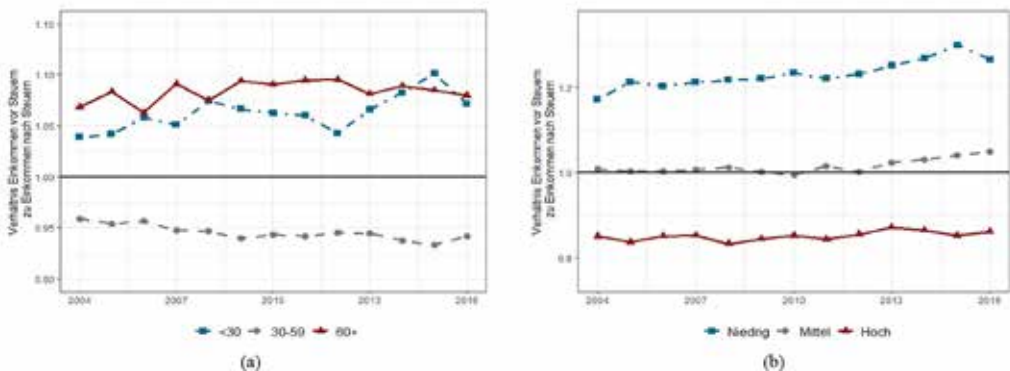


Hinweis: Abbildungen (a) und (c) zeigen die Entwicklung der Gesamteinkommen vor Steuern, Abbildungen (b) und (d) die Entwicklung der Gesamteinkommen nach Steuern. Die Abbildungen zeigen die Entwicklung der Realeinkommen für einzelne Alters- und Bildungsabschlussgruppen über die Jahre 2004–2016. Referenz für alle Werte ist das Jahr 2004. Quelle: Jestl und List (2020).

*Einkommens-
entwicklung nach
Bildungsstand*

Nach Bildungsabschluss ergibt sich ein etwas anderes Bild (Abbildung 3c). Personen mit einem hohen Bildungsabschluss sind die einzige Gruppe mit einem positiven Wachstum des Realeinkommens vor Steuern über den gesamten Zeitraum. Im Gegensatz dazu waren Personen mit niedrigem Bildungsstand von einer Einkommensstagnation betroffen. Interessanterweise weisen alle Gruppen nach 2012 ein unterdurchschnittliches Einkommenswachstum auf, was darauf zurückzuführen ist, dass der Anteil der Personen mit höherem Bildungsabschluss in den letzten Jahren deutlich gestiegen ist. Die Umverteilung zwischen den Bildungsgruppen wirkt vergleichsweise stark (Abbildung 3d). Nach Umverteilung verzeichnen alle Bildungsgruppen einen positiven Wachstumspfad und jener der Gruppe mit dem niedrigsten Bildungsabschluss liegt sogar leicht über dem der mittleren Bildungsgruppe.

Abbildung 4: Umverteilung nach Altersgruppen (a) und Bildungsabschlussgruppen (b), 2004–2016



Hinweis: Die Abbildung zeigt den Vergleich von Einkommen vor Steuern und Einkommen nach Steuern für einzelne Alters- und Bildungsabschlussgruppen über die Jahre 2004–2016. Quelle: Jestl und List (2020).

Darüber hinaus können auch Umverteilungseffekte für Alters- und Bildungsabschlussgruppen im Detail erfasst werden. Wie bereits in Abbildung 2 wird das Einkommen vor Steuern mit dem Einkommen nach Steuern verglichen. Abbildung 4 zeigt das Verhältnis nach Alters- und Bildungsabschlussgruppen über den Zeitraum 2004–2016. Insgesamt deuten die Ergebnisse auf erhebliche Unterschiede in den Umverteilungseffekten innerhalb der Gruppen hin. Von der Umverteilung profitieren sowohl Personen mit niedriger Bildung

als auch jüngere und ältere Menschen. Demnach zeigt sich eine Umverteilung über die Generationen. Während die jüngere und ältere Generation Profiteure der staatlichen Umverteilung sind, zahlen Personen im mittleren Alter mehr in das System ein, als sie unmittelbar herausbekommen.

5. Implikationen für die heutige Krise

Die COVID-19-Pandemie hat Volkswirtschaften weltweit schwerer getroffen als die globale Wirtschafts- und Finanzkrise (OECD, 2020). Vor allem junge Menschen und Personen mit niedrigem Einkommen haben in der derzeitigen Krise Job- und Einkommensverluste hinnehmen müssen (Eurofound, 2021; Eurostat, 2020). Angesichts dieser Entwicklung dürfte sich die negative Einkommensentwicklung von Jungen und Menschen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen, die bereits vor der Coronakrise bestanden hat, prolongieren.

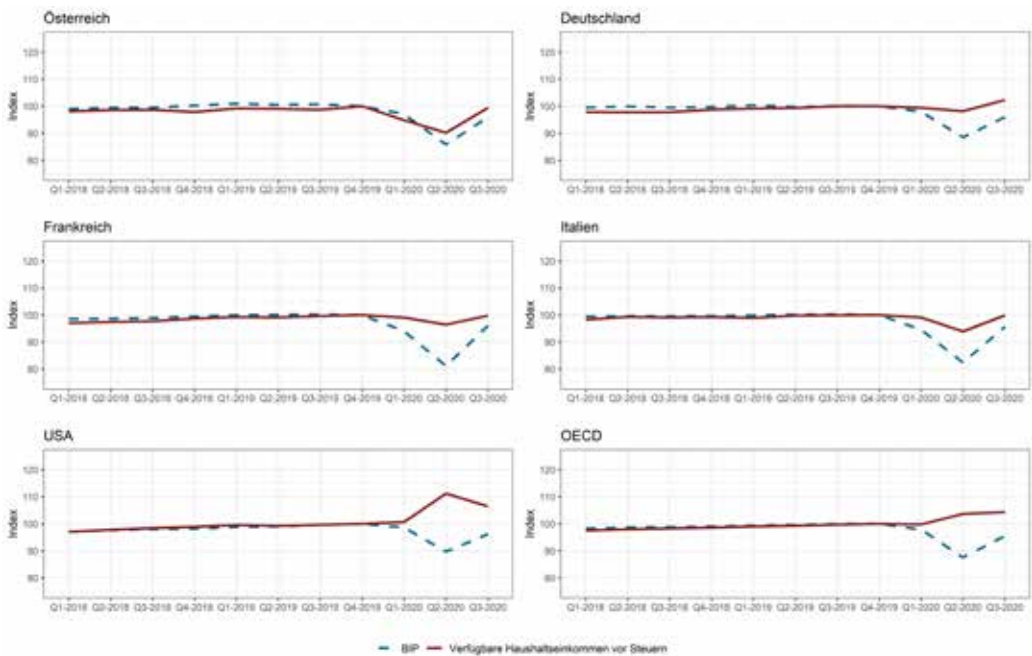
COVID-19-Pandemie bedeutet vor allem für junge Menschen und Personen mit niedrigem Einkommen Verluste

Sowohl in den USA als auch in den meisten europäischen Ländern hat die Coronakrise bestehende Ungleichheiten in unterschiedlichen Zusammenhängen aufgezeigt und verstärkt. Bestehende staatliche Umverteilungsmechanismen (insbesondere durch automatische Stabilisatoren), aber vor allem spezielle Unterstützungs- und Stabilisierungsmaßnahmen haben dazu geführt, dass die Einkommensungleichheit nach Steuern in den meisten Ländern sogar leicht gesunken ist (Stantcheva 2021).

Die staatlichen Maßnahmen zur Stützung der verfügbaren Haushaltseinkommen im Vergleich zum Rückgang des Bruttoinlandsproduktes fallen in den einzelnen Ländern allerdings sehr unterschiedlich aus, wie in Abbildung 5 zu sehen ist. In den USA und im OECD-Schnitt erhöhen sich die Haushaltseinkommen sogar deutlich, da wie in den USA vor allem auf haushaltsbezogene Maßnahmen gesetzt wurde, während in Europa stärker unternehmensbezogene Unterstützungen zum Einsatz kamen. Vor allem in Österreich, Frankreich und Italien fällt die Stützung der verfügbaren Haushaltseinkommen vergleichsweise gering aus.

Österreich stützt verfügbare Haushaltseinkommen vergleichsweise gering

Abbildung 5: Haushaltseinkommen und BIP, Q1-2018 – Q3-2020.



Hinweis: Die Abbildung zeigt die Entwicklung der real verfügbaren Haushaltseinkommen vor Steuern und des BIP (jeweils pro Kopf). Referenzzeitpunkt ist Q4-2019 und wurde auf 100 normalisiert.

Quelle: Eurostat.

unterschiedliche Dynamiken zwischen der Wirtschaftskrise 2008 und der Coronakrise

Wie in Abschnitt 1 diskutiert, konnte im Zuge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ein relativ starker Rückgang der Kapitaleinkommen beobachtet werden, wodurch die Ungleichheit kurzfristig gesunken ist. Die aktuelle Krise hat wohl einen etwas anderen Charakter. Zwar sind, wie in den meisten Krisen, besonders die unteren Einkommensschichten von Arbeitslosigkeit betroffen, jedoch konnte auch bereits eine rasante Erholung am Aktienmarkt mit neuen Rekordwerten beobachtet werden. Andererseits werden aber wohl die Unternehmensergebnisse für viele Klein- und Mittelbetriebe in der näheren Zukunft eher bescheiden ausfallen und viele Wirtschaftsforscher prognostizieren Pleitewellen für die nächsten Jahre (bspw. Guth et al., 2020). Folglich reduzieren sich auch die Einkommen für die Haushalte, die diese Unternehmen besitzen.

Wir sehen also viele ungewisse Parameter, die sich letztendlich auf die Einkommen und deren Ungleichheit auswirken. Prognosen sind in solchen turbulenten Zeiten äußerst schwierig. Sollte es aber nicht gelingen, die Arbeitslosenzahlen zu reduzieren und die Einkommen von vulnerablen Gruppen durch wirtschaftspolitische Maßnahmen zu stützen, werden sich längerfristig negative Effekte auf die Einkommensungleichheit ergeben. Bereits in der vergangenen globalen Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich gezeigt, dass negative Einkommensschocks vor allem für die vulnerablen Gruppen und GeringverdienerInnen langfristige Folgen haben (bspw. Hoynes et al., 2012).

negative Einkommensschocks haben vor allem für vulnerable Gruppen und GeringverdienerInnen langfristige Folgen

Die Harvard ÖkonomInnen Stefanie Stantcheva und Dani Rodrik (Stantcheva 2021, Rodrik und Stantcheva 2020) schlagen verschiedene Maßnahmen vor, um in einer Welt nach der Pandemie für Prosperität und geringe Einkommensungleichheit zu sorgen. Zum einen empfehlen sie klassische bestehende wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen wie soziales Sicherungssystem, Bildung und progressive Besteuerung weiter zu stärken, aber sie betonen auch die Wichtigkeit durch Arbeitsmarktpolitik gemeinsam mit Unternehmen und der Industrie attraktive Arbeitsplätze expliziter zu fördern.

Insgesamt sind staatliche Interventionen zur Bewältigung der Corona-Krise unerlässlich. Darüber hinaus wird ein höheres Maß an öffentlichen Investitionen notwendig sein, um erfolgreich aus der Krise zu gelangen und für zukünftige Aufgaben wie die Digitalisierung und den Klimaschutz gerüstet zu sein. Jedoch werden solche Maßnahmen den Staatshaushalt deutlich belasten. Aufgrund des niedrigen Zinsumfeldes lässt sich dies derzeit vergleichsweise billig finanzieren. Des Weiteren hat sich in der Zeit nach der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise gezeigt, dass Sparmaßnahmen den wirtschaftlichen Aufschwung in Europa gebremst haben (Heimberger, 2017).

staatliche Interventionen zur Bewältigung der Coronakrise sind unerlässlich

Langfristig ist es aber unerlässlich, einen funktionierenden Wohlfahrtsstaat nachhaltig zu finanzieren. Zuletzt wurde vom IWF (2020) empfohlen, progressive Steuern auf höhere Einkommensstufen, Kapitaleinkommen und Vermögen zu forcieren, da diese in erster Linie wohlhabende Bevölkerungsschichten treffen, die von der Krise relativ wenig belastet sind. Vor allem die vermögensbezogenen Steuern, die in Österreich weit unter dem OECD-Durchschnitt liegen, könnten einen wichtigen Finanzierungsbeitrag leisten. Auch progressive

Steuerstrukturen, die sich auf die Profitabilität von Unternehmen stützen und bereits vor 100 Jahren erfolgreich angewendet wurden, werden vom IWF ins Spiel gebracht (IWF, 2021). Sie stellen ein geeignetes Instrument dar, da dadurch ein Beitrag von prosperierenden Unternehmen ermöglicht wird, während Unternehmen, die durch die Coronakrise in finanzielle Schieflage gekommen sind, geschont werden. Demnach gibt es bereits eine Reihe von Konzepten, die Möglichkeiten zur Finanzierung bieten. Der politische Wille, solche auch anzuwenden, wird sich in der Zukunft weisen.

Anmerkungen

1. *Obgleich die VGR mit einer Anzahl von Problemen verbunden ist, stellt sie dennoch die Benchmark für die Beurteilung der wirtschaftlichen Situation in Volkswirtschaften dar.*
2. *Distributional National Accounts für Österreich werden auch in der Arbeit von Blanchet et al. (2020) erstellt. Diese Analyse basiert jedoch auf aggregierten VGR Informationen. Ein methodischer Vergleich wird in Jestl und List (2020) im Detail diskutiert.*

Literatur

- » Altzinger, W., C. Berka, S. Humer und M. Moser (2012). *Die langfristige Entwicklung der Einkommenskonzentration in Österreich, 1957–2009 Teil II: Methodik und Ergebnisse. Wirtschaft und Gesellschaft, 38(1), 77–102.*
- » Angel, S., F. Disslbacher, S. Humer und M. Schnetzer (2019). *What did you really earn last year?: explaining measurement error in survey income data. Journal of the Royal Statistical Society: Series A (Statistics in Society), 182(4), 1411–1437.*
- » Auten, G. und D. Splinter (2018). *Income inequality in the United States: Using tax data to measure long-term trends. Draft subject to change. http://davidsplinter.com/AutenSplinter-Tax_Data_and_Inequality.pdf.*
- » Blanchet, T., L. Chancel und A. Gethi (2020). *Why is Europe more equal than the United States? WID.World, World Inequality Lab WP, 2020-19, Oktober 2020.*
- » Christl, M., M. Köppl-Turyna, H. Lorenz und D. Kucsera (2020). *Redistribution within the tax-benefits system in Austria. Economic Analysis and Policy, 68, 250–264.*
- » Ederer, S., P. Cetkovic, S. Humer, S. Jestl und E. List (2021). *Distributional National Accounts (DINA) and Household Survey Data: Methodology and Results for European Countries, Review of Income and Wealth, Im Erscheinen.*
- » Eurofound (2021). *COVID-19: Implications for employment and working life. Employment and Labour Markets, März 2021.*
- » Eurostat (2020) *Impact of COVID-19 on Employment Income – Advanced Estimates. Statistics Explained.*
- » Feigl, G., M. Marterbauer und M. Rehm (2012). *Einkommensverteilung und Krise. Wirtschaft und Gesellschaft, 38(2), 357.*
- » Ferschli, B., J. Kapeller, B. Schütz und R. Wildauer (2017). *Bestände und*

- Konzentration privater Vermögen in Österreich 2014/2015. *Wirtschaft und Gesellschaft*, 43(4), 499–533.
- » Guth, M., C. Lipp, C. Pühr und M. Schneider (2020). Modeling the COVID-19 effects on the Austrian economy and banking system. In: *Financial Stability Report 40*, Österreichische Nationalbank, November 2020, 63–86.
 - » Heimberger, P. (2017). Did fiscal consolidation cause the double-dip recession in the euro area?. *Review of Keynesian Economics*, 5(3), 439–458.
 - » Hoynes, H., D. L. Miller und J. Schaller (2012). Who suffers during Recessions?. *Journal of Economic Perspectives*, 26(3), 27–48.
 - » Humer, S. und M. Moser (2016). *Integrierte Steuer- und Abgabenstatistik der privaten Haushalte in Österreich*. Institute for Economics of Inequality (INEQ), Wirtschaftsuniversität Wien, Oktober 2016.
 - » Internationaler Währungsfonds (2020). *World Economic Outlook: A long and difficult ascent*. Oktober 2020.
 - » Internationaler Währungsfonds (2021). *Tax Issues: An Overview*. IMF Special Series on Fiscal Policies to Respond to COVID-19, 6 April 2021.
 - » Jestl, S. und E. List (2020). *Distributional National Accounts (DINA) for Austria, 2004–2016*. WID.World, World Inequality Lab WP, 2020/23, Oktober 2020.
 - » Mayrhuber, C., C. Glocker, T. Horvath und S. Rocha-Akis (2015). *Entwicklung und Verteilung der Einkommen in Österreich*. WIFO Studie, WIFO, Januar 2015.
 - » Mayrhuber, C., T. Leoni und M. Marterbauer (2010). *Entwicklung und Verteilung der Einkommen*. Grundlagen zum Sozialbericht 2010. WIFO Studie, WIFO, Dezember 2010.
 - » OECD (2020). *OECD Economic Outlook*. Dezember 2020.
 - » Piketty, T., E. Saez und G. Zucman (2018). *Distributional National Accounts: Methods and Estimates for the United States*. *The Quarterly Journal of Economics*, 133(2), 553–609.
 - » Rocha-Akis, S., J. Bierbaumer-Polly, J. Bock-Schappelwein, M. Einsiedl, M. Klien, T. Leoni, S. Loretz, H. Lutz und C. Mayrhuber (2019). *Umverteilung durch den Staat in Österreich 2015*. WIFO Studie, WIFO, Dezember 2019.
 - » Rodrik, D. und S. Stantcheva (2020). *Economic inequality and insecurity: Policies for an inclusive economy* Harvard University Working Paper.
 - » Stantcheva, S. (2021). *Inequalities in the Times of a Pandemic*. 73rd Economic Policy Panel Meeting
 - » Statistik Austria (2013). *Registerbasierte Statistiken Einkommen: Auswertungen der Lohnsteuerstatistik 2004–2010*. Schnellbericht 10.6.1